

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilkauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Fortdauer der Krise.

Die neuesten Meldungen.

Zur politischen Krise.

Berlin, 10. Juli. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Die für heute, vormittags 9 Uhr anberaumte Sitzung der Budgetkommission ist sofort wieder vertagt worden. Der Abg. Ebert richtete an den anwesenden Reichskanzler die Frage, ob er bereit sei, über das Resultat des gestern stattgefundenen Kronrats nähere Mitteilungen zu machen. Der Reichskanzler erklärte, daß ihm das vorläufig nicht möglich sei. Daraus beantragte Ebert, die Sitzung bis auf weiteres zu vertagen, da der Ausgang des Kronrats für die weiteren Verhandlungen bedeutsam wäre. Die Vertagung wurde sofort beschloffen. Ein Termin für den Wiederzusammentritt ist noch nicht genannt.

Russischer Meeresbericht

vom 8. Juli. Westfront: In Richtung Komel in Gegend des Dorfes Groß-Porst, blieb der Feind still, deren Wellen aber unsere Gräben nicht erreichten. In Richtung Stoschow machte der Feind die ganze Nacht zum 7. Juli kräftige Gegenangriffe an der Front des Waldes von Gohow, westlich Komel, indem er mit seinen Truppen aus den Stellungen zu vertreiben versuchte, die sie nach dem 8. Juli besetzt hatten. Alle diese Angriffe wurden abgewiesen; desgleichen Angriffe starker feindlicher, von Panzerautomobilen unterstützter Abteilungen westlich Wisch. In den Kämpfen am 8. Juli in der Gegend von Konjuchy nahmen belgische Panzerautomobile tätigen Anteil, die sich bis an die feindlichen Stacheldrahtverhaue heranschoben. Auf einem dieser Automobile wurden der Führer und zwei Soldaten durch ein Geschos getötet. Deslich und südlich von Brzezany unterhielt der Feind heftiges Artilleriefeuer. Wir wiesen durch Gewehrfeuer Versuche bedeutender feindlicher Erkundungsabteilungen ab, unsere Verchanzungen südwestlich vom Dorfe Schibalin anzugreifen.

Russische und Rumänische Front: Lage unverändert.

Eisenbahnunglück.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Aus Altenkirchen (Wehrwald) wird der Frankfurter Zeitung vom 8. Juli gemeldet: Gestern Abend gegen 9 Uhr stießen auf der Nebenbahn von Altenkirchen zwischen den Stationen Oberarl und Drinscheid ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Ein Schaffner wurde getötet, 7 Reisende schwer verletzt; beide Lokomotiven und 9 Wagen wurden beschädigt.

Verhaftung von Deutschen in Amerika.

Basel, 10. Juli. Savas berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung die Verhaftung hervorragender deutscher Untertanen, die sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, vornehmen wird als Repräsentation gegen die kürzliche Deportation der Belgier, falls sich Deutschland nicht entschließen sollte, die deportierten Belgier nach Belgien zurückzusenden. (Frankf. Zig.)

Kriegsmaßnahmen der Vereinigten Staaten.

Basel, 10. Juli. Der Katin erfährt aus Newyork, daß die allgemeine Mobilisation der Nationalgarden aller Staaten der Union auf den 15. Juli festgesetzt wurde. (Frankf. Zig.)
Basel, 10. Juli. Ein Havadelegramm berichtet aus Newyork, daß eine Gesetzesvorlage eingebracht wurde, die für die Naturalisation aller Männer im diensttauglichen Alter, die in England, Kanada, Indien und andern fremden Ländern geboren sind, eine Frist von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes festsetzt, so daß sie ihrer militärischen Dienstpflicht in den Vereinigten Staaten nachkommen können. Diejenigen, die sich weigern, werden ausgewiesen. (Frankfurter Zeitung.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 9. Juli befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Der Landtag im Kriege.

Der sächsische Landtag soll nach der Verfassung nur alle zwei Jahr einmal zusammentreten, den Etat fertig machen und Vorlagen der Regierung erledigen. Und zwar alles möglichst einfach, ohne große Aufregung. So will es die Regierung. Man kommt aber mit diesem System nicht mehr recht aus, besonders seitdem eine größere Anzahl Sozialdemokraten der Zweiten Kammer angehören und die Zeit im allgemeinen doch etwas mehr Anforderungen an ein modernes Parlament stellt. Für den Fall, daß ein Landtag mit seinem Arbeitspensum nicht fertig wird, behilft man sich mit sogenannten Zwischendeputationen, die von einem Landtag zum andern vor- oder vielmehr „zwischen“arbeiten dürfen. Das aber auch nur, soweit es der Regierung gefällt. Der Landtag darf zwar von der Regierung vorgeschlagene Zwischendeputationen ablehnen, kann aber ohne sie aus eigenem Ermessen solche nicht beschließen und selbst konstituieren.

In der letzten Tagung, von der wir sprechen wollen, sind die ganzen sächsischen Verfassungszustände wieder einmal grell beleuchtet worden, so daß sogar die liberalen Fraktionen endlich dahinterkommen, es geht so eigentlich nicht weiter. Sie können sich aber nicht dazu anrufen, ernste Schritte zu tun, um den Zustand zu ändern. Distanz sich doch sogar die abhängigen Sozialisten, wie sich gerade in den letzten Monaten zeigte, davon, in einem scharfen Konflikt mit der Regierung zu geraten. Sie versuchten es, ganz so wie die Liberalen, mit Zureden und Beschwörungen, höchstens noch mit einigen zögerlichen Drohungen, von denen die Regierung mit Recht annehmen kann, daß nicht viel dahintersteht, und die sie deshalb nicht ernst nimmt. Einschüchtern lassen wir uns nicht, — so rief mit Emphase am letzten Sitzungstage der Minister des Innern aus, als aus der Mitte und aus der Fröhdorff-Fraktion scharf feindliche Worte fielen. Die Regierung weiß, sie braucht vor Zeiten von dieser Seite nicht zu bangen. Als Schreiber dieses vor einigen Jahren bereits einmal auf die unhaltbaren Parlamentsverhältnisse Sachsen hinwies mit der Bemerkung, daß kein anderer Weg übrigbleibe, als die Dinge auf die Spitze zu treiben, da fand er sogar unangehörte Zustimmung bei der Chemnitzer Volksstimme. Das war vor dem Krieg. Inzwischen haben sich zwar nicht die Zustände, aber die ehe Sozialdemokratie hat sich geändert.

Das sozialdemokratische Programm fordert bekanntlich kurze Legislaturperioden, frühere Wahlen. Die Gründe sind bekannt und sie liegen vom Standpunkte demokratischen Willens und Handelns klar. Der gegenwärtige Landtag aber erreicht das ehrwürdige Alter von mindestens zehn Jahren, wenn er inzwischen nicht noch einmal verlängert wird. Man darf auch das für möglich halten. Die unabhängige sozialistische Fraktion der Zweiten Kammer hat gegen die abermalige Verlängerung gesprochen und gestimmt. Sie allein. Die andre „linke“ Fraktion hat wieder mit verlängert. Gegen den Grund, den sie angab, spricht selbst das Verhalten im eigenen Lager. Man sagt, in Rücksicht auf die Feldgrauen dürfe man auch jetzt noch nicht wählen. Auf die Dauer wird dieses Argument völlig sinnlos. Wenn es richtig wäre, dann dürften die abhängigen Sozialisten auch keine Parteitage und Konferenzen abhalten; die entscheidende Verschlüsse lassen, wie es bereits wiederholt geschah und im August wieder geschehen wird. Wo bleibt denn da die Rücksicht auf die Feldgrauen? Man sieht, daß Logik nicht die starke Seite im Scheidemann-Fröhdorff'schen Lager ist. — Mit den zweijährigen Landtagen geht es praktisch schon längst nicht mehr. Man mußte wiederholt außerordentliche Landtage berufen, um zurechtzukommen, und während der Kriegszeit ist das sächsische Parlament seit der ordentlichen Verfassung 1915/16 faktisch in Permanenz. Es wird mit seiner Vertagung bis unmittelbar an die neue ordentliche Periode 1917/18 herankommen! Die Frage der Verfassung jährlicher Landtage wird unter diesen Umständen immer brennender. Die Regierung aber verhält sich dieser Forderung gegenüber auch jetzt noch ablehnend. Auch die bürgerlichen Parteien — außer der fortschrittlichen — waren bisher dafür nicht zu haben. Wie unter solchen Umständen eine politische „Neuordnung“, die diese Verzeihung wirklich verdient, durchgeführt werden soll, bleibt ein Rätsel. Auch die letzte Tagung in Sachsen stand stark im Zeichen der „Neuordnung“, aber die Zeit in allen Parlamenten so unendlich viel geredet, dafür aber wenig getan wird. In dieser Hinsicht haben die liberalen Fraktionen, wohl unter dem Druck der so-

genannten öffentlichen Meinung, seit zwei Jahren eine völlige Umschwärzung vollzogen. Als am 8. Juli 1915 ein sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag beraten wurde, da zeigte man noch nicht die geringste Neigung zu praktischer Neuorientierung. Nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Fortschrittler erklärten kurz und bündig, ohne auf eine sachliche Erörterung einzugehen, in Rücksicht auf den Burgfrieden ihren abstinenter Standpunkt. Und als der sozialdemokratische Redner entgegnete, daß es auf die Dauer unmöglich sei, sich hinter den Burgfrieden zu verschließen, und daß die Sozialdemokratie es ablehne, des Burgfriedens wegen auf Forderung von politischen Rechten und Lösung ökonomischer Fragen zu verzichten, da gab es ziemliche Aufregung, die auch auf die Presse im Lande wirkte. Sogar einige sozialdemokratische Blätter glaubten, den damaligen Fraktionsredner desavouieren zu müssen; wegen des Burgfriedens habe er nur für seine Person gesprochen. Und heute? Niemand in der Kammer denkt mehr an Burgfrieden! Die Mehrheit steht gegen die konservative Minderheit und die Regierung in offener Feindschaft, freilich zunächst nur Wortfeindschaft, und es dürften seit langer Zeit öffentlich nicht so scharfe Erklärungen abgegeben worden sein, als in den zwei letzten Sitzungen der Zweiten Kammer. Regierung und Konservativs aber haben ihre alte Stellung beibehalten. Die Regierung lehnte vor zwei Jahren schon in der außerordentlichen Deputation jede sachliche Erklärung zu dem Wahlrechtsantrag und eine Beteiligung an der Erörterung ab. So verfuhr sie denn auch in der Kammer.

Bei Zusammentritt des Landtags 1915/16 brachten die Sozialdemokraten am 11. November einen neuen Wahlrechtsantrag ein, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für den Landtag, sondern auch für die Gemeinden und alle Verwaltungsgeldperschaften verlangte. Trotz allen Drängen in der Fraktion wurde dieser Antrag aber bisher nie auf die Tagesordnung gesetzt, nun ist er endlich dem Verfassungsänderungsausschuss überwiesen worden. Der Einfluß eines Sozialdemokraten im Präsidium, von dem sich manche Fraktionsmitglieder so viel versprochen, scheint herzlich gering zu sein, wie dieser Fall zeigt. Möglich auch, daß der sozialdemokratische Vizepräsident nie einen ernstlichen Versuch zur Durchsetzung des Verlangens der Fraktion gemacht hat. Denn es ist auf, daß es in der ordentlichen Tagung wiederholt an Stoff zur Auberäumung einer Sitzung mangelte. Oft auch wurden Sitzungen mit ganz unbedeutender Tagesordnung abgehalten, die in kurzer Zeit erledigt war. Man merkte zu deutlich die Absicht des Präsidenten. Der Burgfriede lebte immer noch, wenn er auch schon in den letzten Tagen lag. In der letzten Tagung endlich war das Eis des Zwartens auch auf bürgerlicher Seite gebrochen. Die Fortschrittler brachten beim Zusammentritt am 30. April 1917 einen Antrag ein, der die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Zweite Kammer forderte. Beide Anträge sind noch unerledigt, sie sind dem Verfassungsänderungsausschuss überwiesen, der während der Vertagung zur Untätigkeit verurteilt ist. Außerdem hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der die Frage der Wahlrechtsreform in allen wichtigen Einzelpunkten aufrollt: Sonntagswahl, Frauenwahlrecht (aktives und passives), einjährige Tagungen, Verhältniswahl. Dieser Antrag, der an Stelle allgemeiner Nebenarten bestimmte Entscheidungen herbeiführen sucht, wurde ausgerechnet nur von dem sozialdemokratischen Mitberichterstatter bemerkt, indem er ihn als „überflüssig“ bezeichnete. Die Entscheidung über diese Anträge kann nun erst in der nächsten Tagung fallen. Zweifelhaft ist sie nicht, da die Nationalliberalen bereits ihren ablehnenden Standpunkt erklärt haben. Im besten Falle kommt es zu einer geringfügigen Mitarbeit am jetzigen Wahlsystem, um doch etwas „Positives“ fertigzubringen. In der wichtigsten Frage der Neuorientierung, in der des Wahlrechts, ist nach alledem parlamentarisch so gut wie nichts zu erwarten. Untersuchen wir, wie es weiter aussieht.

Die Jagd nach der Formel.

Zu den schwierigsten Aufgaben unserer Zeit gehört offenbar, für jede politische Situation die passende Formel zu finden. Die einen nennen es Resolution, die zweiten bezeichnen es eine Erklärung, die dritten lassen es in einen Antrag. Die Hauptsache bleibt aber immer: Die Formel. So scheinen die aufgeregten Verhandlungen und Zwischenfälle, die sich in den jüngsten Tagen im Hauptauschuß des Reichstages abgespielt haben, zu dem Ergebnis führen zu sollen, daß